

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

339 (8.12.1921) Erstes und Zweites Blatt

Marktordnung

für die Rindvieh-, Pferde- und Schweine- und Geflügel- und Wollmärkte...

Markteröffnung

§ 1. Der Pferde-, Rindvieh-, Woll- und Geflügelmarkt wird im städtischen Rindvieh- und Pferdehof...

§ 2. Der Wollmarkt findet an jedem 1. Mittwoch und der Rindvieh- und Geflügelmarkt an jedem 1. und 3. Mittwoch des Monats...

§ 3. Die Pferde- und die Rindvieh- und Geflügelmärkte beginnen im Sommer um 8 Uhr...

§ 4. Der Zutritt zum Rindvieh- und Pferdehof ist abgelehnt von der Marktheit oder von besonderer Erlaubnis...

§ 5. Die Aufsicht über den Viehhof führt das Stadtkommando und Viehhofamt...

§ 6. Das mit der Eisenbahn angelegte Marktviertel darf nur an der Kampe des Rindvieh- und Pferdehofes...

§ 7. Die zu Zugzwecken benutzten Tiere haben das von der zuständigen Behörde bestimmte Eingangstor zu benutzen...

§ 8. Die Aufsicht auf die Märkte aufgetriebenen Tiere im vor dem Viehhof des Eingangstors...

§ 9. Dem Markte dürfen nur vollkommen gesunde und unverdächtige Tiere aufgetrieben werden...

§ 10. Für die seitens der Tierbesitzer begünstigten veterinärpolizeilichen Untersuchungen...

§ 11. Das Treiben der Tiere auf dem Marktviertel und in den Höfen des Rindvieh- und Pferdehofes...

§ 12. Die Stadtdirektion übernimmt den Tierbesitzern gegenüber keinerlei Haftung...

§ 13. Für die Wechsellagerung der Tiere werden folgende Gebühren erhoben...

§ 14. Die Marktgebühren sind sofort beim Eintritte zum Markte gegen Zahlung zu entrichten...

§ 15. Ständige Verkäufer von Pferden können auf Antrag bestimmte Verkaufslöcher mit Firmenschildern einrichten...

§ 16. Den zur Aufrechterhaltung der Ordnung und eines geordneten Verkehrs auf dem Marktviertel...

§ 17. Verboten ist: 1. Auf dem Marktviertel zu verkaufen. 2. In den Ställen oder sonstigen Räumlichkeiten zu rauchen...

Den Gewerbebetrieb in der Stadt Karlsruhe betr. Auf Grund des § 42b der Gewerbeordnung...

§ 1. Personen, welche in dem Gemeindebezirk der Stadt Karlsruhe einen Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung besitzen...

§ 2. Für Erlaubnis, Verweisung und Zurücknahme der Erlaubnis ist nach Maßgabe der feststehenden gesetzlichen Bestimmungen das Bezirksamt...

§ 3. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 4. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 5. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 6. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 7. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 8. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 9. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 10. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 11. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 12. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 13. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 14. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 15. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 16. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

§ 17. Die von dem Bundesrat gemäß § 54 der Reichsgewerbeordnung...

FESTHALLE Städtische Konzerte in der Festhalle. Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 4 Uhr KONZERT (Feuerwehrkapelle) mit künstlerischen Tanzvorführungen...

Was ist Gustin? Gustin ist ein sehr feiner deutscher Speisestärke-Puderc, der in keiner Küche fehlen darf...

Mit Gustin bereitet man Puddings, Cremes, Suppen, Saucen, Kuchen, Torten, Milch- u. Frucht-Flammeris, Ideale Kinderspeisen, Krankenspeisen aller Art...

Alpenverein - Skiclub Karlsruhe. Freitag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr im chem. Hörsaal der techn. Hochschule Herr Dr. Blodig aus Bregenz...

Gegr. 1873 Neu eingegangen Tel. 1925 sind in preiswerter und in sehr gediegener Ausführung bei Lazarus Bär & Co. Möbelmagazin nur Zirkel 3 Ecke der Waldhornstraße...

Vollendete Haar-u. Bartkur mit Schneiders Manisol. Schneiders Manisol. Schneiders Manisol. Schneiders Manisol.

Holz-Verfeinerung. Das Badische Fortamt Karlsruhe-Karlsruhe, vertieft am Freitag, 9. Dezember 1921...

Bund angeestellter Chemiker und Ingenieure. Ortsgruppe Karlsruhe. Vortrag, den 9. d. Mts., abends 8 Uhr im Gartensaal des Restaurants Moninger...

Vortrag unseres Generalsekretärs Dr. Milde aus Berlin über das Thema: „Die Stellung der naturwissenschaftlich-technischen Akademiker zu den Entwürfen eines Arbeitstatutgesetzes und eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung“...

Kaffee Odeon. Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr Großes Wohltätigkeitskonzert (Bunter Abend) zu Gunsten der Kriegsblinden-Ortsgruppe Karlsruhe...

Badisches Landestheater. Donnerstag, 8. Dez., 7 bis 9 1/2 Uhr. Th. Gem. B. V. R. Nr. 1651-1930 und alle Nummern über 340) Russischer Komödienabend: Die Spieler. Die Kulissen der Seele. Der Heiratsantrag.

Die Hexe Li. Roman von Hermann Weick. (Nachdruck verboten.) In rascher Fahrt nahte ein Wagen. Doktor Braun sah ihn an.

„Von Doktor Braun hörte ich zu meiner großen Freude, daß es Ihnen besser geht.“ „Er hofft, mich bald wieder auf beide Füße stellen zu können.“

Sie lachte hell auf. „Dann werde ich Ihnen kündigen!“ Sie redeten nun von allerhand gleichgültigen Dingen.

„Ich freue mich, wenn Sie bald wieder kommen!“ Er fühlte raschen Drud ihrer Hand. Atemwegs Länge hörte er wie sein Blut rauschte.

Zusammenbruch der Pfälzischen Bank.

Über die Katastrophe, die jetzt das Tagesgespräch bildet, erfährt man jetzt Einzelheiten. Die Verwaltung der Bank wird folgendes Kommuniqué ausgegeben: Bei unserer Münchener Niederlassung sind unter Verletzung schriftlicher Vorschriften und geheimer Verheimlichung vor der Zentraldirektion Desengagements eingegangen worden, die nach dem erfolgten Abbruch gemäß unseren Bestimmungen einen Verlust von 340 Millionen Mark betragen. Weitere Verluste sind der Verwaltung bekannt und nach ihrer besten Überzeugung zu befürchten. Um einer Eskalation des Pfälzischen Banklebens zu begegnen, hat die Pfälzische Bank nachstehende Rheinische Kreditbank, obwohl sie, abgesehen von einem Verbleib von 5 Millionen Mark Aktien der Pfälzischen Bank, an dem Verlust materiell nicht beteiligt ist, gemeinschaftlich mit der Deutschen Bank der Pfälzischen Bank die Summe der Verfügen ausgestellt, um welche jeder Verlust von Beträgen der Aktienkapitals und der bilanziellen Reserven übersteigt, und nicht durch vorzuziehende Mittel und den Geschäftsgewinn der Pfälzischen Bank im laufenden Geschäftsjahr gedeckt wird. Im Zusammenhang damit ist, das Fortschreiten der Pfälzischen Bank als selbständiges Unternehmen mangels genügender Deckungsmittel sich mit Erfolge nicht bewirkt läßt. Die Überleitung der Geschäfte auf die Rheinische Kreditbank und an einen anderen, insbesondere im rechtsrheinischen Raum, auf die Deutsche Bank in die Wege geleitet. Abgesehen von jenem Verlust bei der Pfälzischen Bank, waren bei der Pfälzischen Bank im laufenden Geschäftsjahr der Geschäftsgewinn und Gewinn durchaus beschränkt. Die Rheinische Kreditbank teilt folgenden mit: In Abänderung unseres bisherigen Satzes, unser Aktienkapital um 60 Millionen Mark zu erhöhen, haben wir uns nunmehr ein solches eine Kapitalerhöhung um 120 Millionen Mark einer neu einzuberufenden General-Versammlung vorzuschlagen. Die Aktien werden insoweit von der Deutschen Bank übernommen werden. Davon werden 20 Millionen Mark, die zu 200 Prozent reserviert sind, zum gleichen Kurse den Aktionären der Pfälzischen Kreditbank im Verhältnis von 4 zu 1 im Voraus angeboten werden. Die übrigen 100 Millionen Mark übernimmt die Deutsche Bank zum konvertierten Kurse. Der letzte Vorstoß, das Aktienkapital um 120 Millionen Mark zu erhöhen, ist bestimmt durch die Absicht, die Geschäfte der Pfälzischen Bank in Ludwigshafen zu übernehmen und die dadurch herbeigeführte Abnahme unserer Betriebsmittel entsprechend zu decken.

Die „Kfz.“ weiß noch zu melden: Durch die Mitteilungen wird der Schleier gelüftet über die Vorgänge von unerhöhrter Tragweite bei der Pfälzischen Bank. Durch das Verschulden des pfälzischen Direktors der Münchener Filiale der Pfälzischen Bank, Nöcker, sind Verluste aus den Operationen entstanden, die nicht nur das Aktienkapital und die offenen und stillen Reserven des Gesamtkapitals aufzehren, sondern die Bank bis auf etwa 140 Millionen Mark, das ist nahezu das Doppelte des Aktienkapitals, ruhmlos erschöpfen, damit die Bank ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Frequentlicher Geschäftsgeheimnisse dieses Filialdirektors hat die Bank an den Rand des Abgrundes geführt. Eine wirtschaftliche Katastrophe grüßte uns an dem 1. Dezember durch die Mitteilung der Pfälzischen Bank durch Interessengemeinschaft der Pfälzischen Rheinischen Kreditbank und der Pfälzischen Bank verübt wird, ist für den Augenblick ein einziger Punkt, den die Stichposten der Vorgänge bei der Pfälzischen Bank angeht. Durch die Überleitung der Pfälzischen Bank auf die beiden Institute werden die Gläubiger der Bank vor Verlusten bewahrt bleiben, und es wird also auch der Anfall auf einer Bank bedingt, die ohne die Disfaktion wohl die volle Bekanntheit dieser Vorgänge beweisen.

Am Ende November hielt man nach unserer Kenntnis bei der Pfälzischen Bank auf Grund der alten Geschäftspläne und der Anweisung der Reserven die Pae für derart gesichert, daß man in der Verwaltung an eine Kapitalerhöhung unter Ausbeute neuer Aktien mit einem Kurs von 100 Prozent dachte. Da wurde der Zentraldirektion bekannt, daß bei der Pfälzischen Bank unehrerliche Spekulationen in verschiedenen einmündigen worden sind. Der stellvertretende Direktor in München hat diese Spekulationen trotz des strenge wiederholt zurückgefordert. Als man von diesen Engagements wurde sofort eine Untersuchung eingeleitet, die das ernsthafte katastrophale Ergebnis zeigte. Die an Rate gewonnenen freundschaftlichen Beziehungen von Anstana an übertrat von der Pfälzischen Bank, durch eine Verleumdung, die man vermeiden. Es werden nach dem vorliegenden Plan sechs rechtsrheinische Filialen der Pfälzischen Bank, in München, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Augsburg, Nürnberg und Würzburg auf die Deutsche Bank übergehen und alle übrigen Filialen auf die Rheinische Kreditbank. Die Pfälzische Bank übernimmt von den neu auszubereiten Aktien der Rheinischen Kreditbank, durch den Aktienfortfall auf 240 Millionen Mark, die Pfälzische Bank wird, 60 Millionen Mark zu dauerndem Verlust, und zwar nach unseren Informationen der Pfälzischen Bank ein Äquivalent Wert für sich vorzunehmen bei der Pfälzischen Bank in diesem Augenblick der Gefahr. Der Status der Deutschen Bank durch die Rheinischen Kreditbank selbst werden die gezielte Hilfe auf Grund des Reorganisationsplans nicht wesentlich berührt werden. Die Beziehungen zwischen der Deutschen Bank und der Rheinischen Kreditbank wird durch den Übertrag der großen Aktienpostens in die Hände der Pfälzischen Bank noch enger geknüpft werden, als bisher war. Der Form nach bleibt aber die Unabhängigkeit der Rheinischen Kreditbank unberührt und auch die wechselseitige Vertretung im Aufsichtsrat — Direktor Michaelowski vertritt die Deutsche Bank bei dem Mannheimer Institut und Direktor Dr. Jahr die Rheinische Kreditbank

bei der Deutschen Bank — wird nichts geändert werden. Durch diese neue große Kapitalerhöhung einer Konzernbank der Deutschen Bank, die sich an eine ganze Reihe anderer Kapitalerhöhungen anschließt, wird aber vielleicht der Zeitpunkt eines eigenen größeren Kapitalbedarfs bei der Deutschen Bank näher rücken. Soviel ist im Augenblick über die Neugruppierung im Bankwesen zu sagen, die Folge des Unheils bei der Pfälzischen Bank sein wird. Die Gläubiger der Pfälzischen Bank sind gesichert. Die sich das Schicksal der Aktionäre gehalten wird, ist noch vollkommen ungeklärt. Annehmen darf man wohl, daß Erwägungen darüber noch in der Schwebe sind, ob nicht im Zusammenhang mit der Übernahme der Bank auch den Aktionären, die natürlich der Hauptverlust treffen muß, in irgend einer Weise ein Entgegenkommen wird gezeigt werden können.

L. Ludwigshafen, 7. Dez. (Draftber.) Die Direktion der Deutschen Bank teilte mit, daß sie ebenfalls wie die gesamte Desfinitivität vor einem Rückfall stehe. Sie hält es für unrahbar, daß ein einzelner Beauftragter Engagements in derartig schwindelhafter Höhe eingehen könnte. Offenbar habe die Ludwigshafener Geschäftsleitung dem Münchener Beamten namens Nöcker ein gewisses blindes Vertrauen geschenkt. Dieser Beamte habe dieses Vertrauen nur dazu benützt, rüpelhafte Baissengagements einzugehen, und zwar nicht nur in Dollar, sondern vorwiegend in holländischen Gulden, Lire, franz. und Schweizerischen Franken. Diese Engagements, die zweifellos geraume Zeit zurückliegen, seien aber keineswegs mit deutschen Banknoten eingezogen worden, sondern mit fremden, vor allem ausländischen Banknoten.

In Berliner Bankkreisen ist man naturgemäß von dem Zusammenbruch der Pfälzischen Bank außerordentlich überrascht. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß es schon lange Zeit bekannt war, daß die Pfälzische Bank eine mangelhafte Organisation besitze. Den Grund auf den Berliner Markt beurteilt man laagen ruhiger, da vor allem die Deutsche Bank für die Schuld aufkommen wird. Bereits gestern veräußerte nach der amtlichen Feststellung der Deutsche Bank an der Berliner Börse allerdings nur aerärdweise, daß die Pfälzische Bank, die zum Konzern der Deutschen Bank gehört, von Devisenverlusten, die in die Millionen gehen, in ihrer Existenz schwer bedroht sei.

Das Ergebnis des Parteitag der Volkspartei.

Die Urteile über den Parteitag der Deutschen Volkspartei in Stuttgart sind auch in der Presse der Volkspartei nicht einseitig. In mehr oder weniger vorsichtiger gewählter Form wird von gewissen Unparteiischen geäußert, die zwar nicht offen zum Austrag kamen, deren Vorhandensein aber doch zu hören gemeint ist. Besonders die „Kfz.“ wies in einem vielbeachteten Artikel auf Schwierigkeiten hin, die der Politik Stresemann vom rechten Flügel der Partei bereitet werden. Wie man in den führenden Kreisen der D. V. P. die Lage beurteilt, geht aus einem Artikel des amtlichen Mitteilungsblattes der Volkspartei hervor. In diesem Artikel heißt es u. a.:

„Daß der Parteitag in Stuttgart als ein bedeutames Ereignis in der Entwicklung unserer Gesamtpolitik zu betrachten ist, geht aus der Tatsache hervor, daß sich namentlich die Presse anderer Parteien sehr angelegentlich mit den wirklichen Voranzen insofern wie mit den Strömungen beschäftigt, die man zum Teil verhehlen einigüßig, deren Vorhandensein man zum Teil aber auch nur deshalb vermutet, weil man sie wünscht. Den Höhepunkt des Parteitages bildete die Rede des Parteiführers Dr. Stresemann. Wenn gesagt wird, daß er die äußere Politik vorangeht habe, so ist das nicht ganz richtig. Der zu Grunde liegende Gedanke war eben der, daß man heute in Deutschland die innere von der äußeren Politik nicht trennen kann. Das verbindet uns freilich nicht von der Aufgabe, auch im Innern Ordnung zu schaffen, vor allen Dingen im Finanzwesen. In diesem Zusammenhang hat auch Dr. Stresemann die Frage der Entlastung der Eisenbahnen betprochen. Er hat sich nicht dagegen erklärt, aber darauf hingewiesen, daß man wohl eine Form des Privatbetriebes zu finden vermöge, bei der der Anteil des Staates, die möglicherweise Rechte der Beamten und das Interesse der Allgemeinheit voll gewahrt werden können.

Das trotzdem gerade innerpolitische Momente auf dem Parteitag überwiegen, bewies die weitere Tatsache, daß die Frage der großen Koalition bei allen Beirerungen und Neben im Vordergrund stand. Und da hat die Stuttgarter Tagung doch ein sehr bemerkenswertes Ergebnis erzielt: es hat sich unabweislich herausgestellt, daß der Gedanke der großen Koalition in sehr viel weiteren Kreisen der Deutschen Volkspartei Wurzel gefast hat, als selbst die wärmsten Befürworter des Gedankens bisher angenommen hatten. Eine gewisse Strömung dagegen, die zum mindesten dremend und eindringend wirken möchte, ist selbstverständlich vorhanden. Es wäre wertwürdig, wenn bei der Art der Entfaltung und Zusammenfassung der Deutschen Volkspartei gar keine Stimmen sich erheben sollten, die der Bestätigung Ausdruck geben, daß die Partei durch ein Anarbeiten mit den Sozialdemokraten an Leib und Seele Schaden erleiden könnte. Aber schon in der unmittelbaren Vorrede des Parteitag über die Situation des Zentralvorstandes zeigte sich, zur Überraschung vieler Teilnehmer, daß diese Opposition sehr schwach war. Grundrührliche Einwendungen wurden auch von den sehr wenigen Stimmen, die sich erhoben, nicht geltend gemacht, sondern es wurden nur gewisse Einschränkungen gemacht. Wenn angeführt wird, daß die Gegner, die im Zentralvorstand geordnet hatten, auf dem Parteitag selbst nicht zu Wort gekommen seien, so ist das ihre Sache allein. Sie hatten vollst. Gelegenheit dazu, eine Beschränkung in irgendwelcher Art vor nicht vorhanden und wäre auch gar nicht möglich gewesen. Jedenfalls steht nunmehr durch den Beschluß des Parteitages als der obersten Instanz der Partei fest, deren Programm vollständig ist, und man darf annehmen, daß sich infolgedessen auch etwaige Widerstände in den Fraktionen selbst heitigen lassen werden.

und daß die einmütige Haltung der Fraktionen nach wie vor gewahrt werden wird. Den Maßnahmen von links, denen die Entwicklung nicht schnell genug ist, ist entgegengehalten worden, mit vollem Recht, daß es nicht die Aufgabe der Deutschen Volkspartei sein kann, sich etwa den Sozialdemokraten als Mitarbeiter aufzubringen. Im Gegenteil, sie kann in gelassener Ruhe die Entwicklung der Dinge abwarten und sich bereit halten für den Augenblick, da man auch anderwärts zu der Erkenntnis sich durchgerungen hat, daß man die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei braucht. Dann wird sie dazu bereit, aber auch in der Lage sein, ihren Eintritt in eine Koalition im Reich so zu gestalten, daß sie erstens kein Opfer der Überzeugung zu bringen braucht, sondern auch, daß sie den ihrer Stärke und ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß erhält. Vor allen Dingen darf kein Zweifel darüber aufwalten, daß nach der eintreffenden Auffassung der Deutschen Volkspartei die Wirtschaftliche Erfüllung eines vorkrieglichen Lebens ist und daß sie diese mitzumachen imstande ist. In einem Kabinett, das die Wirtschaftliche Erfüllungspolitik auf ihr Programm setzt, ist für Vertreter der Deutschen Volkspartei kein Platz.

In diesen Sätzen ist ungenügend der Kernpunkt dessen zusammengefaßt worden, was als Ergebnis der Stuttgarter Tagung zu beschreiben ist und als die Richtung für die künftige Politik der Deutschen Volkspartei zu gelten hat.

Die badische Grund- und Gewerbesteuer.

Unter vorliegender Überschrift brachten wir kürzlich einen Artikel, in dem verlangt wurde, daß das Land, und vor allem die Gemeinden, zu den vorläufigen Steuern und Umlagen für das Rechnungsjahr 1921 keine Nachträge erheben, sondern abwarten sollten, bis die mit möglicher Beschleunigung durchzuführende Neuanlage des generellen Betriebsvermögens für 1921 beendet ist.

Die Erwägungen, die diesem Aufruf zugrunde liegen, dürften vermutlich dazu geführt haben, daß der Stadtrat der Stadt Mannheim einen Beschluß über die Erhebung eines Nachtrags zu den vorläufigen Umlagen zwar nicht veriaat, wohl aber seinem Beschluß vom 1. Dezember d. J. auf Erhebung einer Nachtragsumlage folgenden, besonders für die Handwerker und die Mieter sehr bemerkenswerten Inhalt beigefügt hat: „Ebenfalls in die Sache der Beteiligten nicht: wiederum wird noch durchgeführter Neuanlage der Grundsteuer auf das Grundvermögen und den Gemeindefortschritt zufolge des Gesetzes vom 10. August 1921 die Steuern für 1921 erforderliche Steuer und Veranschlagung der neu vorgeschriebenen Steuerfaktoren festgestellt werden und hierdurch sowohl der durch Erhebung der bisherigen für 1921 erhobenen Gemeindesteuer nicht bedeckte Betrag wiederhergestellt werden. Da das generelle Betriebsvermögen nach dem Verhältnisse von 1920, nicht nach Friedensverhältnisse — also höher als bisher — zu veranschlagen ist, darf wohl der Handwerksbetriebe bei der einschlägigen Nachanfrage erwarten, die vermutlich die jetzt im anferleite Leistung an Höhe erreichen. Sollte sich dies bis zur Festsetzung der Steuer bestimmter erkennen lassen, so bleibt vorbehalten, für den Schadensfall die Steuer allgemein zu künden.“

Man wird mit der hier ausgesprochenen Absicht einer allgemeinen Senkung der Nachtragsumlagen für die Handwerker nur einverstanden sein können. Es ist zu hoffen, daß bis zur Vollendung der Nachtragsumlagen, d. h. am ersten März 1922, die Neuanlage für das Rechnungsjahr 1921 so weit vorgeschritten ist, daß sich ihr Ergebnis ungefähr übersehen läßt. Es kommt also jetzt alles darauf an, daß die Vorarbeiten für die Veranschlagung so rasch wie möglich in Angriff genommen und durchgeführt werden.

Die von dem Stadtrat der Stadt Mannheim gefundene Lösung verdient, sofern sich ein Beschluß über einen Nachtrag zu den vorläufigen Umlagen des Jahres 1921 nicht überhaupt verhehlen läßt, allgemeine Nachahmung.

Aus Baden.

Zur Ortsklasseneinteilung.

Graben-Neudorf, 7. Dez. Gestern nahm die Beamteneinigung Graben-Neudorf, der sämtl. Beamteneinigung von Graben und Neudorf angehörend, Stellung zur neuen Ortsklasseneinteilung, die unsern Ort, — der als wichtiger und verkehrsreicher Eisenbahnknotenpunkt in unmittelbarer Nähe von Karlsruhe liegt, — ungedröhter Weise in Klasse D eintritt, während a. B., das an der gleichen Bahnlinie und weiter ab von Karlsruhe gelegene Biental in Klasse C eingestuft wurde. Im Hinblick darauf und auf die Lebensmittelpreise, die hier zum großen Teil höher sind als in Bruchsal und Karlsruhe, wurde eine Kommission ernannt, deren Aufgabe es ist, mit allen Mitteln für unsern Ort eine gerechtere, höhere Einstufung zu erzielen. Hauptsächlich verfolgt die gewählte Kommission ihr Ziel ebenso energisch und erfolgreich wie s. Zt. die Karlsruher Beamtenschaft.

Bezirksversammlung des Bezirksverbandes der landw. Genossenschaften des Bezirks Durlach.

Eine Bezirksversammlung fand am vergangenen Sonntag in der „Traube“ in Durlach statt, die von sämtlichen Genossenschaften mit etwa 80 Teilnehmern besucht war. Der Bezirksobmann, Herr v. Müllershof, eröffnete die Tagung und gedachte in erheben Worten der beiden verstorbenen Verbandspräsidenten Sänger und Red. Verbandssekretär und Landwirtschaftslehrer Armbruster sprach alsdann eingehend über genossenschaftliche Tagesfragen und den heutigen Stand des Warengeschäfts. Unter anderem behandelte er die Notwendigkeit der Eintragung der noch 2 freien Ortsvereine (Gröningen und Unterhulshaus) im Bezirk, die Frage der Angleichung von Geschäftsanteilen und die möglichst harten Beteiligung der Einzelgenossenschaften bei den 2 Zentralgenossenschaften, der Bad. landw. Hauptgenossenschaft und der Bad. Landwirtschaftsbank. Ferner erörterte er die Wichtigkeit der richtigen Lösung der Personenfrage innerhalb der Genossenschaften und die Ausbildung der Organe. Mehr Aufklärung der Einzelgenossenschaften

müsse erfolgen, was hauptsächlich durch allgemeinen Bezug des Sprachorgans des Verbandes des „Genossenschaftsblattes“ gelassen könnte. Auch die Generalversammlungen müßten zu diesem Zwecke durch Herbeiziehung von Rednern besser ausgenutzt werden. Nachdem er noch weitere Fragen (Umlagesteuer usw.) behandelt hatte, berichtete er eingehend über das Warengeschäft und mußte immer und immer wieder feststellen, daß die ungünstigen, wirtschaftlichen Verhältnisse eine geordnete Durchführung sehr erschweren, und daß die Vereine versuchen müssen, die Schwierigkeiten durch Befolgung der Ratschläge der Hauptgenossenschaft zu meistern. Zum Schluß gedachte er der großen Wichtigkeit der beiden Lager Karlsruher Rheinischen und Wilsbergingen und der Notwendigkeit eines guten Zusammenarbeitens zwischen diesen und den einzelnen Ortsgenossenschaften. Eine rege Aussprache setzte hernach ein, bei der einzelne Teile der erhalteten Berichte noch weitere Behandlung fanden.

Die Befreiung in fast allen landw. Bedarfstoffen hat unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen sehr zu leiden. Es müßte doch allseits anerkannt werden, daß sich der Verband mit seinen zwei Zentralgenossenschaften (Hauptgenossenschaft und Landwirtschaftsbank) es sich sehr aneignen sein lasse, die Schwierigkeiten zu meistern.

Aus der Lohnbewegung der Textilarbeiter.

t. Offenburg, 7. Dez. Eine von über 200 Delegierten behaltene Landeskonferenz der Textilarbeiter aus ganz Baden befaßte sich mit den neuen Lohnsätzen. Nach dem Schiedsspruch sollten erhalten männliche Arbeiter über 14 Jahren vom 1. Dezember ab 280 M. Wochenlohn, ab 18. Dezember 250 M. und ab 31. Dezember 255 M.; Arbeiter über 15 Jahren sollen erhalten 260, 270 und 285 M. männliche Arbeiter über 25 Jahre 250, 260 und 275 M. Die weiblichen Arbeiter erhalten etwas weniger.

t. Karlsruhe, 7. Dez. Das Ministerium des Innern hat die Gebühren für Schlachtvieh- und Fleischbeschau erhöht, ebenso die Gebühren für die Untersuchung von Tieren und die Untersuchung von Urkrümmen- und Gesundheitszeugnissen.

t. Karlsruhe, 7. Dez. Das Buchergewerbe verurteilte eine polnische Silberhändlerin zu vier Wochen Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe und sprach die Einziehung des beschlagnahmten Silbervermögens im Wert von 170 000 M. aus.

— Betschauer, 7. Dez. Hier feierte letzter Tage ein gut gekleideter Gast ein, der eine hohe Rede machte und behauptete, er übernachtete in dem Gasthaus, und als man am anderen Vormittag nach ihm sehen wollte war er durchgebrannt und hatte die besten Kleidungsstücke und Wäsche, die die Wirtin in dem Gasthaus aufbewahrt hatten, mitgenommen.

t. Spöck, 7. Dez. Am letzten Sonntag veranstaltete der Vereinigung Rieckens eine Gedächtnisfeier zu Ehren seiner im Kriege gefallenen Mitglieder. Hauptlehrer Bauer hielt die Gedächtnisrede und gedachte in tiefemundenen Worten derer, die draußen in fremder Erde ruhen. Am Schluß ermahnte der Redner die Anwesenden, den deutschen Vaterlande die Treue und Einigkeit zu bewahren. Der 70 Mann starke Männerchor umrahmte die feierliche Feier mit einigen Chören.

t. Forstheim, 7. Dez. Auf den 28. Juni 1922, dem 400. Jahrestag des Todes an Johanna Neuchlin, einem Sohne Forstheims, soll in Verbindung mit dem Stadtmuseum ein Neuchlinenkmal errichtet werden. — Nach einer Ueberlieferung des Arbeiterverbandes und der verschiedenen Metallarbeiterverbände sollen ab 1. Dezember von dem Stundenlohn und der Feuerungszulage für Weikarbeit für die erste und zweite Stunde 20 Proz., für die dritte und vierte Stunde 40 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit 80 Proz. Zuschläge bezahlt werden. Daraufhin wurde die Weikarbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen. — Auf dem Bahnhof in Niefern stürzte sich eine 25jährige Frau vor den einfahrenden Zug. Nur als glücklich verunglückte sie konnte sie abgeholt werden.

t. Wiesloch, 7. Dez. Die geirige Bürgerausbildung nahm zu allen 13 Punkten der Tagesordnung zustimmende Haltung ein. 1. Erwerb von Straßengrundstücken für 1500 M. 2. Erwerb eines Grundstückes für 7189,30 M. 3. und 4. Verkauf eines Grundstückes für 3430 M. bzw. 3000 M. 5. Verkauf eines Bauplatzes für 275 M. 6. und 7. Gewährung von Bauförderungszuschüssen von je 770 M. zur Erzielung zweier Privatwohnhäuser. 8. Verpachtung zweier Lagerplätze für 50 M. bzw. 300 M. jährlich. 9. Gewährung eines Ruhegeldes von 1000 M. an die frühere Industriellehrerin Kircher. 10. Festlegung der Tagesgelber und Reisetkosten für Gemeindebeamten auf 50 M. 11. Erhöhung der Steuergebühren auf 750 M. die Stunde. 12. Neue Festlegung der Vergütungssatzverordnung. 13. Veräußerung des Schießhauses für 10 000 M. und des westlichen Teiles der Tuchbleiche zu ebenfalls 10 000 M. an die Wollfabrik Klingels und Wolfelder.

t. Heidelberg, 7. Dez. Generalleutnant a. D. B. Neuber feiert am 8. Dezember seinen 70. Geburtstag. Er hat sich hier auf verschiedenen Gebieten der sozialen Arbeit und der Wohlfahrtspflege verdient gemacht.

t. Heidelberg, 7. Dez. Ein gewissenloses Räuber-Geheuer, das von anwärts angereist war, hat seine drei Kinder im Alter von zehn, sechs und zwei Jahren hilflos im Wartesaal des hiesigen Bahnhofs zurückgelassen. Die Kinder wurden in einem Heim untergebracht.

a. Weinheim, 6. Dez. Bei den Fußball-Verbandsspielen auf dem Waldspielplatz im Gortheimer Tal kam ein Mitalied des Fußballclubs „Amicitia“-Weinheim so unglücklich zu Fall, daß er einen Unterleibskrebs erlitt und ins hiesige Städtische Krankenhaus überführt werden mußte. — Ein hiesiger Radfahrer hatte, weil er abends ohne Licht fuhr, auf der Rütelbacher Straße eine Frau überfahren, die eine Gehirnerkrankung erlitt. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Radfahrer wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 4 Wochen Gefängnis und zu einer an die Verunglückte zu zahlende Buße.

